



Referendums-Krimi

Personenfreizügigkeit 51 700 Unterschriften eingereicht



HABEN SIE ES GESCHAFFT? V. l. Attilio und Giuliano Bignasca (Lega), Bernhard Hess (SD), Lukas Reimann (SVP, rechts). NORBERT HESS

Das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit dürfte zustande gekommen sein. Die Junge SVP, die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi mussten bis gestern Abend um jede Stimme zittern.

JESSICA PFISTER

Die Unterschriftensammlung hatte sich für die drei Parteien zu einem wahren Krimi entwickelt. Bis gestern um 18 Uhr war noch nicht klar, wie viele beglaubigte Unterschriften genau vorhanden sind. «Wir mussten noch die letzten Postfächer leeren»,

erklärt der Präsident der Jungen SVP, Erich Hess. Das Resultat: rund 51 700 Unterschriften. «Ich bin sicher, dass damit das Referendum klar zustande kommt», sagt Hess. Überzeugt zeigte sich SD-Geschäftsführer Bernhard Hess bereits am Nachmittag, als er zusammen mit den Brüdern Bignasca (Lega) 29 100 Unterschriften einreichte (13 500 SD, 14 300 Lega und 1300 vereinzelte).

Kritik an Auns und SVP

Noch vor zwei Wochen sah die Lage noch nicht so rosig aus: Die Sammlung ging nur schleppend voran, bis Ende September waren gerade mal 38 000 Unterschriften beisammen.

Laut dem SD-Generalsekretär gab es dafür vor allem einen Grund: Die SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), die sich



dem Referendum verweigerten und ihre Adressen für die Sammlung nicht zur Verfügung stellten. «Sie haben uns sträflich im Stich gelassen», sagt Hess und kündigte an, dass dies für SVP und Auns noch Konsequenzen haben werde. Die SD habe bereits einen Zufluss von Spenden und Mitgliedern verspürt.

Dass es mit Referendum doch noch geklappt hat, sei vor allem dem jungen St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann und der jungen SVP zu verdanken. «Sie haben Übermenschliches geleistet», sagte Hess. Für Reimann, der mit seinen Helfern in den letzten Tagen rund um die Uhr auf Unterschriftenfang war, ist die fehlende Unterstützung der Mutterpartei **kein Grund**, Konsequenzen zu ziehen: «Hier geht es um die Sache, nicht um die Partei.»

Gegen alle anderen

Gegner haben Reimann, Hess und ihre Verbündeten aber nicht nur in der SVP: In einer gemeinsamen Mitteilung bekräftigten gestern SP, FDP, CVP, Grüne, EVP, Grünliberale, BDP und Liberale, dass sie für ein Ja zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien kämpfen werden.

Dies, obwohl das Referendum nach der Zitterpartie bei der Unterschriftensammlung offiziell gar noch nicht zustande gekommen ist. Erst wenn die Bundeskanzlei die Unterschriften geprüft und das Erreichen des Quorums bestätigt hat, dürfen sich die drei Parteien endgültig freuen. Sollte dies der Fall sein, wird das Volk am 8. Februar 2009 darüber entscheiden.

Update

DAS ABKOMMEN zur Personenfreizügigkeit wurde im Rahmen der Bilateralen I für eine anfängliche Dauer von sieben Jahren abgeschlossen (also bis 31. Mai 2009). Die Schweiz muss bis dann entscheiden, ob sie das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU nach 2009 weiterführen und – mit Übergangsfristen – auf die beiden jüngsten EU-Staaten, Bulgarien und Rumänien, ausdehnen will. Das Parlament hat entschieden, das Abkommen und die Ausdehnung in einem Paket zusammenzufassen.



Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

| <i>Titel</i> | <i>Auflage</i> |
|-----------------------|----------------|
| AZ Aarau | 21'079 |
| AZ Baden/Zurzach | 32'479 |
| AZ Brugg | 10'480 |
| AZ Fricktal | 7'169 |
| AZ Lenzburg | 11'618 |
| AZ Wynental/Zofingen | 6'363 |
| AZ Freiamt | 13'174 |
| Limmattaler Tagblatt | 10'360 |
| Solothurner Zeitung | 24'979 |
| Grenchner Tagblatt | 4'976 |
| Berner Rundschau | 4'675 |
| Langenthaler Tagblatt | 5'806 |
| Oltner Tagblatt | 19'093 |
| Zofinger Tagblatt | 15'411 |